

von Venningen, dem Grafen Johann von Sponheim und dem Pfleger vom Rotenberg (bei Nürnberg), Ulrich von Wolfsberg übertragen¹⁾.

Dem großen Schlichtungstag setzte Wenzel ein hohes weitgedehntes Ziel: *sulch zweitraht und teglich scheden abzunemen und niderzulegen und auch frid und gnad zu machen reichen und armen in dem heiligen reiche*²⁾. Diese Worte enthalten das Programm: Beendigung des Krieges und Regelung aller fürstlich-städtischen Streitfälle aus der Zeit vor dem Krieg und während desselben; dann Sicherung des so wiederhergestellten Friedens durch einen langdauernden Reichslandfrieden.

Hinsichtlich des ersten Punktes war es vor allem notwendig, das Verfahren zur Begleichung dieser unzähligen Streitfälle klarzulegen. Zuerst sollte der Weg der *minne*, der des freundlichen Ausgleiches durch Abwägung der beiderseitigen Ansprüche und Rechte, beschritten werden; der König selbst wollte als Vermittler und Makler tätig sein. Für alle Fälle, in denen dieser Weg nicht zum Ergebnis führte, sollte ein Rechtsverfahren eintreten; dieses sollte vor einem Ausschuß von Fürsten und Herren stattfinden, dessen Zusammensetzung der König bestimmte; deren Schiedsspruch galt als verbindlich. Im Grunde genommen war dieser fürstliche Ausschuß nur eine Einrichtung zur Entlastung des Königs; denn in dessen Namen und an dessen Statt fällten die Fürsten den Schiedsspruch. So war es logisch, daß der König der diesem Spruch widerstrebenden Partei mit der militärischen Unterstützung der Gegenpartei drohte³⁾. Die Durchführung eines in königlichem Auftrag gefällten Spruches mußte sichergestellt werden.

Der Plan eines Reichslandfriedens wird zwar erst bei den Verhandlungen in Eger erkenntlich; er mag aber bereits zu Ende 1388 ins Auge gefaßt worden sein. Fünf Jahre früher war der letzte Versuch eines Landfriedens gescheitert an dem Widerstand der Städte, die in ihm ausdrücklich ihren Bund verankert zu sehen wünschten. Noch 1387 hatte der König den Schwäbischen Städtebund wenigstens mündlich anerkennen müssen. Inzwischen aber hatte die rücksichtslose Politik der Kriegspartei zur Bildung einer Opposition im Bund, einer Friedenspartei, geführt; ihr ältestes und erstes Mitglied war Nürnberg. Die Spannung zwischen seinem

¹⁾ RTA. 2 S. 92, 1—10.

²⁾ RTA. 2 S. 86, 19f.

³⁾ RTA. 2 Nr. 51, II. Vgl. dazu ebd. S. 74, 39ff.